

## „Ihr nehmt uns unsere Zukunft!“

Studenten protestieren gegen Sozial- und Bildungsabbau

„Erstmals über zwei Millionen Studenten an Deutschlands Hochschulen“, meldete das Statistische Bundesamt Anfang Dezember stolz. Doch die Bedingungen, unter denen die jungen Menschen studieren müssen, werden immer schlechter. Studiengebühren, Stellenabbau und Streichorgien der Länder treiben die Studierenden auf die Straße. Weit über 50.000 demonstrierten am 13. Dezember in Berlin, Leipzig und Frankfurt/Main.

Noch nie haben sich so viele beteiligt!“ – berichtet Nele Hirsch vom studentischen Dachverband fzs begeistert über die Studentenproteste in diesem Wintersemester. Fantasievoll und vielfältig zeigten Zehntausende Studentinnen und Studenten der Politik wochenlang ihren Unmut über Spareinschnitte und schlechte Studienbedingungen. Als in Frankfurt/Main die Qualifikationsgruppen der Fußball-Weltmeisterschaft ausgelost wurden, verteilten Studenten vor der Tür Lose für die letzten Studienplätze. Bei der Eröffnung einer neuen Ikea-Filiale in Berlin besetzten Studenten den Raum und beantragten „Bildungsasyl in Schweden“. Den Weihnachtsmarkt besuchten sie medienwirksam ohne ihr „letztes Hemd“, das sie zuvor für die Bildung gegeben hatten. Trotz der Dezembertemperaturen ging die Bildung mit den Studenten in Spree, Main und Lahn „baden“ und die Berliner taten sich besonders mit diversen Besetzungen von Ministerbüros und Parteizentralen bis hin zum Roten Rathaus hervor.

### Mehr Geld

Selbst nach wochenlangen Protesten beteiligten sich vor Weihnachten erneut mehrere Zehntausend Studenten an zentralen Demonstrationen in der gesamten Bundesrepublik. Allein in Berlin waren es weit über 30 000. In Leipzig gingen rund 15 000 unter dem Motto „Ihr nehmt uns unsere Zukunft!“ auf die Straße. Mehr Geld für die Bildung und keine Studiengebühren, lauten die Forderungen. Spätestens mit diesen Großdemonstrationen ist klar, dass das, was als Un-

mutsäußerung in Frankfurt/Main und an der TU Berlin begonnen hatte, eine bundesweite Bewegung geworden ist. Dabei wissen die Studenten der Mediengeneration genau, wie sie sich öffentlichkeitswirksam präsentieren können. Spaß und Leichtigkeit dominierten die Szene. Das brachte den Protestierenden so viel Beifall ein wie selten zuvor – und das von allen Seiten. „Bis in die Springer-Medien findet der Protest Sympathien“, so auch der Berliner Politikwissenschaftler Peter Grottian über die Berichterstattung.

Was treibt die Studenten auf die Straße? Sie alle eint der Ärger über fehlende Bücher in den Bibliotheken, Professoren, die nur wenig Zeit zur Beratung haben, und vor allem über brechendvolle Seminare mit bis zu 500 Lernenden. Der angekündigte Stellenabbau in vielen Bundesländern wird diese Situation noch verschärfen. In diesem Wintersemester überstieg die Studierendenzahl erstmals die Zwei-Millionen-Grenze. Fast 400 000 Studienanfänger haben sich neu eingeschrieben. So erfreulich das bildungspolitisch ist: Zusätzliche Mittel sind dafür nicht in Sicht.

Im Gegenteil: Fast alle Bundesländer bauen derzeit Studienplätze ab. In Niedersachsen sollen in den nächsten beiden Jahren 40 Millionen Euro aus dem Hochschuletat gestrichen werden. Bayern hat zwar die angekündigten Kürzungen von zehn Prozent des Hochschulgeldes auf fünf zurückgenommen. In Hessen wurden aber noch kurz vor Weihnachten Gebühren für so genannte Langzeitstudenten sowie Verwaltungsgebühren beschlossen. Das zusätzliche Geld kommt nicht den Hochschulen zugute, sondern soll allein Haushaltslöcher stopfen helfen. Bundesweit sind weitere Kürzungen absehbar. Das ist allein schon eine Provokation für die junge Generation, die durch die künftige Finanzierung der Renten große Belastungen auf sich zukommen sieht. Für ihre Ausbildung aber wird das Geld knapp. Doch je mehr Studenten der Protest erreichte, desto häufiger wurde die unbequeme Frage gestellt, warum die öffentlichen Kassen leer sind. „Geld ist genug da. Es ist nur in den falschen Taschen“, kritisierte der Sprecher des Aktionsbündnisses gegen Studiengebühren (ABS), Klemens Himpele, in Frankfurt. Nicht wegen der Studierenden oder der

Arbeitslosen seien die Kassen leer, sondern wegen einer verfehlten Unternehmens- und Einkommenssteuerpolitik. In fast jedem Gespräch mit Aktiven dieses Studentenstreiks taucht denn auch früher oder später der Hinweis auf die große Protestdemo gegen Sozialabbau im November in Berlin auf. Daran wollen sie anknüpfen. „Aus den Rufen ‚Wir sind laut, weil man uns die Bildung klaut‘, ist immer mehr geworden: Wir sind laut, weil man uns sozial abbaut“, berichtet Ralf Hoffrogge, der sich im ASTA der FU Berlin für den Streik engagiert. Und Nele Hirsch vom fzs meint: „Natürlich ist mehr Geld für die Bildung nötig, aber nicht auf Kosten des Sozialbereichs!“

### Lucky Streik

Doch was können die Studenten mit ihren Aktionen letztlich ausrichten? Bei dieser Bewertung sind sie meist recht vorsichtig: „Ich glaube, wir schaffen es, ein Zeichen gegen den Studienplatzabbau zu setzen“, sagt die fzs-Sprecherin. Der Protest habe über die Studentenschaft hinaus viele nachdenklich gestimmt, ob die politischen Entscheidungen so richtig liefen. „Auch die Skepsis, das sind doch Bummelstudenten, ist etwas untergraben“, hat sie in ihrer Hochschulstadt Jena beobachtet. Der Berliner Protestforscher Dieter Rucht sieht bei den heutigen Protesten viele Parallelen zum „Lucky Streik“ von 1997. „Die Themen wie die Formen waren damals und heute sehr ähnlich“, so Rucht. Beide Proteste haben sich zunächst an ganz konkreten Mängeln im Hochschulalltag entzündet. Die Studenten und ihre bunten Aktionen fanden und finden viel Beifall. Doch das hänge eben auch damit zusammen, dass sie im Symbolischen verblieben. „Die Aktionen stören nicht wirklich“, sagt der Sozialwissenschaftler. „Doch wenn der Protest so harmlos bleibt, statt offensiver zu werden, wird sich auch nicht viel ändern.“ So jedenfalls erging es der Protestgeneration von 1997: Außer Zugeständnissen der Bundesregierung in Form eines kleinen Bibliotheksprogramms änderte sich wenig. Rucht: „Ich befürchte, dass der Protest auch diesmal spätestens im Februar einschläft. Die Politik hat das offensichtlich schon einkalkuliert und sich auf diese Wartezeit eingerichtet.“ Das sehen die engagierten Studenten anders: „Wir wollen weitermachen“, kündigt Martin Kaul vom Osi der Berliner FU an. Ein bundesweites Treffen im Januar soll über die Form der künftigen Proteste entscheiden.

Klara Fall



Weitere Informationen:  
[www.gew.de](http://www.gew.de)  
[www.fzs-online.org](http://www.fzs-online.org)  
[www.gew-berlin.de](http://www.gew-berlin.de)  
[www.asta-frankfurt.de](http://www.asta-frankfurt.de)